

Zeitschrift: Burgdorfer Jahrbuch

Herausgeber: Verein Burgdorfer Jahrbuch

Band: 28 (1961)

Artikel: 125 Jahre Amtersparniskasse Burgdorf 1834-1959 : Notizen eines Laien beim Durchblättern der Jubiläumsschriften und Geschäftsberichte

Autor: Bärtschi, Alfred

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

125 Jahre Amtersparniskasse Burgdorf 1834-1959

Notizen eines Laien
beim Durchblättern der Jubiläumsschriften und Geschäftsberichte

Alfred Bärtschi

Die Amtersparniskasse Burgdorf (AEK) hat eine Vorläuferin, die Ersparniskasse der Gemeinnützigen Gesellschaft der Stadt, errichtet im Jahre 1821. Handelslehrer Adolf Naf verfaßte über sie eine reizvolle Studie als Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums Burgdorf 1925/26. «Dieser Kasse lag es fern, Gelder von Kapitalisten an sich zu ziehen, den Geldverkehr zu vermitteln oder hohe Gewinne zu erzielen: ihr einziges Leitmotiv war die Erziehung zur Sparsamkeit. Die dem ortsansäßigen Kaufmannsstand angehörigen Verwaltungsorgane wußten das kleine Institut so wohl zu pflegen, daß während seines 27jährigen Bestandes aus den Rechnungsüberschüssen der Vermögensgrundstock der Gemeinnützigen Gesellschaft im Betrage von Fr. 12 572.— gebildet werden konnte», sagt Carl Vollenweider in der Schrift zur Jahrhundertfeier dieser Gesellschaft.

Die ersten Statuten der jungen Kasse stammen von Lehrer Samuel Hopf. Sie erlauben Einlagen von Fr. 2.— an aufwärts. Bedürftigen und würdigen Leuten und fleißigen armen Kindern werden Gutscheine geschenkt, um sie zu ermuntern, jeden verfügbaren Kreuzer der Kasse zu übergeben. Ihre Gründer haften vorerst (bis 1830) solidarisch, später mittelst eines Garantiefonds und des Gesellschaftseigentums für die eingelagerten Gelder. Ein dreigliedriger Ausschuß des Vorstandes besorgt unentgeltlich nach einfachsten Grundsätzen die Annahme der Gelder, ihre Anlage zu 4 % und die Erhebung der Zinsen, von denen die Sparer 3 % erhalten. Die Rückzahlungsgedinge, später gemildert, wirken sich anfänglich wie ein Zwangssparen aus. Da nur die Hälfte des Schatzungswertes belehnt wird, bleiben die Guthaben ungefährdet. Der Grundsatz steht nicht nur auf dem Papier; man lebt ihm nach. Nie erleidet die Verwaltung einen Verlust. Nie läßt sie das Ziel aus den Augen, «das wirtschaftliche Aufkommen des Armen durch sorgfältige Aufsammlung und Benützung seiner kleinen Ersparnisse» herbeizuführen. Die

Einlagen der Kinder und Dienstboten machen lange den Hauptteil der anvertrauten Kapitalien aus. Ein Donator ermöglicht es mit mehrmaligen Spenden, die Anfänger der Sparkunst zu bevorzugen, bis der Mißbrauch der Vergünstigung den Bestand der Anstalt gefährdet.

Von 1824 hinweg steht die Kasse allen Gemeinden im Amte offen. Die Einlagen und Zinsen steigern sich bis 1826 um 324%. Das Amt zählt (im Jahre 1818) 16 137, die Stadt nur 1794 Bewohner. Die zunehmende Bürde der ehrenamtlich arbeitenden Verwalter, die Schwierigkeit, den Geldzufluß vorteilhaft anzulegen und die wachsende Verantwortung der Gemeinnützigen Gesellschaft veranlaßten diese, die Benützung der Kasse wieder wie anfänglich auf die Stadt und ihre auswärtigen Burger zu beschränken, da der erwartete Mitgliederzuwachs vom Land ausbleibt. Dagegen erklärt sich die Gesellschaft bereit, eine allgemeine Amtersparniskasse gründen zu helfen. Mit ihrem Versuch von 1824–1827 trägt sie den Gedanken ins Volk und verabreicht dieser zur Eröffnung «nur als ein kleines Zeichen» eine Gabe von 160 Pfund mit dem Wunsche, damit den Einlegerzins zu verbessern. Zur Verschmelzung kann sich die Gesellschaft nicht entschließen. An Anregungen dazu fehlt es nicht. Putsche peitschen das Land auf. Das radikale Regiment kommt in Bern ans Ruder. Handwerk und Industrie liegen brach infolge der Unsicherheit des Zeitlaufs. Teuerung, ja Hungersnot sucht die Armen heim, deren Hauptnahrung, die Erdäpfel, der Knollenfäule zum Opfer fällt. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schnellen in die Höhe. Noch gibt es keine leistungsfähigen Bahnen, die für rasche Zufuhren sorgen. Wer verkaufen kann, dem winkt Gewinn. Nun ist einmal der Bauer am Zug. Er trägt den Erlös auf die Amtersparniskasse, während der Verwalter Grether an der Hauptversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft vom 13. Dezember 1846 eine «Abnahme der Anstalt» melden muß. Sein Rücktrittsgesuch führt nach schmerzlichen Bedenken zum Beschuß, die Ersparniskasse auf 1. Januar 1848 aufzuheben. Die Liquidation erfolgt zwei Monate später.

Als am 1. März 1834 die AEK ihren Betrieb in der Stadtschreiberei (heute Burgerratskanzlei am Kirchbühl) eröffnete, bildeten nur zwölf Gemeinden ihr Tätigkeitsfeld. Bis 1851 traten sämtliche bei, zuletzt Bäriswil. Jede zeichnete auf je hundert Einwohner Fr. 25.— als Garantiekapital. Das von Lehrer Samuel König entworfene «Grundreglement» gibt als Zweck der Kasse an: «Beförderung des Fleißes und der Sparsamkeit, sowohl unter den Dienstboten und Kindern, als unter der minderbegüterten Klasse der Einwohner überhaupt, um denselben einen sichern und zugleich zinstragenden Aufbewahrungsort für ihre Ersparnisse anzuweisen.» In der Tat bestand der größere Teil des anvertrauten Geldes jahrzehntelang aus den Guthaben kleiner Leute.

Unter der Direktion von Regierungsstatthalter Heinrich Ludwig Fromm, einem in Aarau und Burgdorf eingebürgerten Württemberger, Schwiegersohn von Johann Ludwig Schnell, blühte die Anstalt rasch auf. An ihn erinnert das der Einwohnergemeinde Burgdorf gehörende Frommgut. Lehrer König und Notar Grimm, Amtsschaffner, halfen die Geschäfte besorgen. Jede Gemeinde bestimmte einen Untereinnehmer. «Die Kasse nimmt nicht weniger als fünf Batzen ab.» Damit ließ sich soviel kaufen wie heute mit Fr. 3.50 bis 4.—. Noch herrschte der eidgenössische Münzwirrwarr. Daher bestimmten die Statuten, es seien nur gangbare Sorten anzunehmen und der «Brabanter-taler» mit 40 Batzen (ca. Fr. 30.—) zu bewerten. Mit einem Zins von 4 % für Einlagen von Fr. 10.— bis 50.— suchte man das Sparen anzuregen; von Fr. 50.— bis 67.— gab es als fixen Zins Fr. 2.— und für höhere Summen 3 %. Der Zins lief erst nach einer Wartefrist, die Rückzüge waren nach heutigen Begriffen erschwert. Um «ärmere Personen, Taglöhner, Dienstboten und dergl.» zu begünstigen, schenkte die Regierung Fr. 200.— (1839). Diese sanktionierte die 1845 erneuerten Statuten, die Verbesserungen für die Minderbemittelten brachten. Die Krise von 1845–48 veranlaßte manchen Inhaber von «Sparscheinen», sein Kapital zu künden. Die Zinsen stiegen für Gläubiger und Schuldner und damit auch der Anreiz für Einlagen; diese gingen nur im Jahre des Sonderbundskrieges unwesentlich zurück.

Von 1853 an übernahm in Burgdorf die Einwohnergemeinde die Aktien anstatt die Burgergemeinde wie bisher. 1858 forderte der Rat von Heimiswil eine Liste der Einleger seiner Ansäßigen. Die Direktion lehnte das Begehr als Eingriff ins Bankgeheimnis ab.

Die Statutenrevision von 1865 schuf die Grundlagen zu einem Reservefonds von Fr. 50 000.—, der bei allfälligen Verlusten der Gemeindegewähr vorzugehen mußte. Die Sparer sollten 4 % Zins erhalten, Direktions- und Hauptversammlungspräsident durch dieselbe Person gestellt werden und die Mitglieder der Direktion in der Versammlung der Gemeindeabgeordneten Stimmrecht ausüben. Ein Jahr später wurde beschlossen, den Buchhalter-Kassier mit 1,6 % der geliehenen Kapitalien zu besolden und den Verwaltungsorganen Sitzungsgelder zu zahlen.

Der ungünstige Rechnungsabschluß von 1867/68, die Erhöhung der Schuldnerzinsen und persönliche Gründe führten die AEK von 1868 bis 1874 in eine Periode, die Dr. Max Widmann in seiner trefflichen Geschichte zum hundertjährigen Bestehen unter der Überschrift «Sturm und Drang» schildert. Im lokalen Blätterwalde wirbelte ein harscher Wind und fegte den bisherigen Vorstand weg. In die Statuten von 1870 wurden sozusagen alle Neuerungen, aufgenommen, die er gegenüber einer entschiedenen Schar kritischer Ge-

meindevorsteher bekämpft hatte. An die Stelle der Direktion trat der siebenköpfige Verwaltungsrat, unterstützt von der Kreditkommission. Seine Mitglieder wohnten der Hauptversammlung nur mit beratender Stimme bei. Die Hauptversammlung tagte unter dem Vorsitz eines eigenen Präsidenten, und nur sie durfte über Ausgaben von mehr als Fr. 300.— beschließen. Ihr stand das Kontrollrecht zu. Der Garantiefonds der Gemeinden wurde auf Fr. 100 000.— festgesetzt, die Anteile nach den Steuerleistungen abgestuft. Verwalter und Buchhalter erhielten an Stelle der Provision eine feste Besoldung. Der bisherige Verwalter, Notar Johann Ludwig Schnell, blieb weiter im Amt und bezog für den zur Verfügung gestellten Raum einen Mietzins. Fürsprecher Andreas Morgenthaler stand nun dem Unternehmen von 1870 bis 1901 als überlegener Leiter des Verwaltungsrates vor.

In der Rechnung von 1870/71 entdeckten die Revisoren eine unterschlagene Summe. Die Veruntreuungen des Buchhalters gingen bis 1861 zurück. Erst 1874 endete der Skandal vor den Assisen. Dem mitangeklagten Schnell konnte kein Verschulden zur Last gelegt werden, aber als Verwalter wurde er in der Wahl übergangen und kündigte infolgedessen das seit 1867 in seinem Hause am Kirchbühl befindliche Kassalokal. Nach einem kurzen Aufenthalt im Schloß siedelte das Institut im Dezember 1874 in das erworbene Haus Nr. 61 an der Schmiedengasse über, wo es bis 1896 blieb.

Der in manchen Phasen unerfreuliche Kampf gegen überlebte Formen traf offenbar Leute, die in guten Treuen gehandelt hatten, scheint indessen nötig gewesen zu sein und rechtfertigte sich durch eine fortwährende Entwicklung ohne nennenswerte Rückschläge bis zum heutigen Tag. Betrugen die anvertrauten Gelder 1874 fast Fr. 9 000 000.—, so sind es 1960 Fr. 134 000 000.—; die offenen Reserven stiegen gleichzeitig von Fr. 106 000.— auf mehr als Fr. 9 000 000.—.

Der Wiener Börsenkrach von 1873 berührte die AEK kaum, während der Sturz der Gotthardbahnaktien 1876 etwelche Zuckungen verursachte. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg blühten neue Geschäfte auf und alte steigerten ihre Umsätze. Zeitweilig verfügte der Schatzmeister über bedeutende Barbeträge, dann wieder geriet er durch den Rückzug großer Summen in Verlegenheit.

Die 1877 erneuerten Statuten führten Kassascheine ein, erhöhten die Taggelder und die Ausgabenbefugnis des Verwaltungsrates (auf Fr. 500.—), bestimmten, der Reservefonds solle auf 3 % des Einlagekapitals steigen und berechtigten die Hauptversammlung zu Beihilfen an gemeinnützige Werke im Amt Burgdorf. Die Bezirkskrankenanstalt erfreute sich 1882 der ersten

Spende im Betrage von Fr. 3000.—; erst 12 Jahre später folgte die zweite; sie betrug Fr. 600.— für die Anstalt Gottesgnad, damals noch in Hellsau.

Der Geldfluß von 1880 erleichterte das Los der Schuldner und verringerte den Zins der Sparer. «Des einen Freud ist des andern Leid.» Konkurse belasteten als Folge des Stockens in Handel und Gewerbe in den achtziger Jahren die AEK, und die leicht rückläufigen Einlagen verraten einen harten Kampf der Bauernsame um ihr Auskommen. In Notar Hermann Friedrich Geiser wurde der Kasse eine Kraft zugeführt, die von 1881 bis 1886 als Adjunkt, von da bis 1892 als Buchhalter arbeitete und von 1892 bis 1934 das Amt des Verwalters bekleidete. Widmann schreibt: «Die enorme Aufwärtsentwicklung der Kasse ist bekanntlich vor allem seiner Tätigkeit, Umsicht und Gewissenhaftigkeit zu verdanken.»

1893 mußte man die Statuten dem neuen Eidgenössischen Obligationenrecht anpassen. Die Zahl der Verwaltungsräte wurde von sieben auf neun erhöht und den Gemeinden ihr Garantiefonds zu 5 % zu verzinsen versprochen; dagegen zählte man die Reserven zum arbeitenden Kapital ohne Verzinsung. Am 18. September 1896 konnte der Verwaltungsrat zum erstenmal im Neubau an der Technikumstraße tagen. Das Land dazu zwischen dem alten Friedhof und der «Schlangenbankpromenade» hatte die Einwohnergemeinde zu rund Fr. 8.90 per m² abgetreten. Architekt Stöcklin, Lehrer am Technikum, ließ das Dach mit Obelisken zieren. Bei einem um Fr. 31 450.— überschrittenen Voranschlag kostete das Werk Fr. 133 625.—. Das Haus an der Schmiedengasse kaufte Uhrmacher Ed. Schläfli. Kein anderes bernisches Finanzinstitut entrichtete damals dem Staat soviel Steuern aus den unterpfändlichen Darlehen.

Ein Sorgenkind blieb lange die aus einem Geldstag übernommene Bierbrauerei Lyß; endlich konnte man sich ihrer entledigen, mußte indessen eine erkleckliche Summe «ans Bein streichen». Solche Verluste mögen die gewissenhafte Verwaltung zu äußerster Vorsicht bewogen haben. Sie wiederholten sich im laufenden Jahrhundert, das mit einer kurzen Periode steigender Zinssätze anbrach, nicht mehr. Von 1901 bis 1914 vermehrte sich die Bilanz von 20 auf 36 Millionen Franken. Die Einlagen verraten jeweilen günstiges oder unfruchtbare Wetter, gedrückte oder gute Preise auf den Märkten landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Nach den Statuten von 1904 wird den Reserven ein Zins gutgeschrieben und ihre Höhe mit 5 % der Einlagen bestimmt. Die im Dienst der Kasse stehenden Männer erhalten zugunsten der Hinterlassenen ein Recht auf Besoldungsnachgenuß, und bald (1905) legt man den Grundstein zum Pensionsfonds.

Von der am 1. Januar 1907 eröffneten Schweizerischen Nationalbank erwartet man eine Festigung der Währung und freut sich auf eine einheitliche Banknote. Mit 600 000 vorgestreckten Franken, einem der größten Darlehen dieser Zeit, konnte Burgdorf sein Gaswerk (1906) erneuern. Zögernd folgte die AEK jeweilen den Zinssteigerungen der Großbanken und nahm Rücksicht auf die Lage der landwirtschaftlichen Schuldner. Nur unter Vorbehalt beteiligte sie sich an der Zeichnung von Subventionsaktien für ein Bahnprojekt Herzogenbuchsee–Koppigen–Lyß.

Büro- und Archivräume genügten nicht mehr. Ein Terrassenanbau auf der Westseite nach Plänen von Architekt Brändli konnte 1913 bezogen werden. Diesmal brauchte es keinen Nachkredit.

Der Beitritt zum Handels- und Industrieverein lag in der Linie der Entwicklung. Der Geschäftsbericht von 1911/12 erklärt die Knappheit an Mitteln aus der Zeichnung ausländischer Papiere und hält einen Verband bernischer Sparkassen und ein eidgenössisches Sparkassengesetz für nötiger als die Postsparkassen, die damals sehr viel Druckerschwärze in den Zeitungen beanspruchten.

Der Balkankrieg 1912/13 trieb die Zinsen in die Höhe und das Geld in die Strümpfe. Der schmäler gewordene Reingewinn erlaubte es nicht mehr, den Pensionsfonds zu äufnen. Man erwog, die Industrie mit erschwerten Gedingen zu kreditieren, um den Bauern besser an die Hand gehen zu können. Die Aussichten auf eine günstige Ernte und das Fest der Landesausstellung in Bern wiegten das Volk in Sorglosigkeit. Am Tage vor der Burgdorfer Solennität 1914 fielen die verhängnisvollen Schüsse von Sarajewo, und einen Monat später erklärte Österreich den Serben den Krieg. Seither ist die Welt eigentlich nie zur Ruhe gekommen.

Der Krieg traf die Schweiz unvorbereitet. Die Leute verloren den Kopf. Das Hartgeld verschwand im Nu. Es setzte ein Sturm auf die Banken ein. Jeder wollte seine Ersparnisse abheben. Die Hamsterei von Lebensmitteln setzte fast ungehindert ein. Es ging viel zu lange, bis Zwanziger- und Fünfernoten mit Zwangskurs in Umlauf kamen. Man mußte das Maximum des Rückzuges auf Fr. 300.—, später sogar auf bloß Fr. 50.— pro Sparheft begrenzen. Die Schalter standen nur von 9–12 Uhr offen. «Hypothekarzinsen werden keine bezahlt»; Zahlungsfristen mußten verlängert, vereinbarte Amortisationen ganz erlassen oder erleichtert werden. Zu Hypothekardarlehen fehlten die Mittel. Viel schleppender als 1939 lebte sich das Volk in die Kriegswirtschaft ein. 1915 wurde mehr Geld gekündigt als einbezahlt. Aber der Bericht von 1916/17 kann die größte Verkehrszunahme, «die wir seit dem Bestande unseres Institutes überhaupt zu verzeichnen haben», melden.

Die Finanzkraft der Schweiz überstieg alle Erwartungen. Zu wenig gehemmt durch behördliche Maßnahmen, schnellten die Preise empor. Die Bauern hatten Geld. Für die Lohnbezüger sank dessen Kaufkraft. Man mußte ihnen mit Teuerungszulagen unter die Arme greifen. Das geschah anfänglich in einem so geringen Ausmaß, wie es der jüngeren Generation heute kaum glaubhaft erscheint. Zur Mangelware gehörte auch das Gas. Um Geld zu zählen, braucht es helles Licht. So hielt 1917 die Elektrizität Einzug in die Büroräume.

Die hohen Marktpreise verlockten die Bauern, die Heimwesen zu überzahlen. Die AEK hat nie aufgehört, davor zu warnen. Der Waffenstillstand vom 11. November 1918 fiel in eine Zeit der üppigsten Blüte für die AEK. Glücklicherweise brach der Generalstreik nach wenigen Tagen zusammen. Er öffnete dem Bürgertum die Augen, daß die Schweiz ihre sozialen Verhältnisse ohne fremde Einmischung neu ordnen könne und müsse.

Für die AEK folgten nun Jahre nie gekannten steigenden Steuerdruckes. Die Verwaltung wehrte sich nach Möglichkeit dagegen. Aufmerksam beobachtete sie das steigende Zinsbarometer und schrieb die Wertpapiere kräftig ab. Eine Statistik erhellt, daß die größere Hälfte der Einleger nicht mehr als Fr. 500.— auf ihren Sparheften hatte. Die AEK war also die Bank des kleinen Mannes geblieben. Immer wieder mahnen die Berichte, arbeitsam und haushälterisch zu sein. Während der Staat Bern ein wenig überzeichnetes Anleihen von 6 % auflegt, fordert unsere Anstalt von den Hypotheken nur 5 1/4 %. Sie hilft, die Gelüste nach Preisgabe des Bankgeheimnisses dämpfen. Die hier und dort gegründeten Bausparkassen vermögen ihr festes Gefüge nicht zu erschüttern. Die Berichte erwähnen sie kaum. Die Klagen über den Steuerdruck wollen nicht verstummen. Nicht allein das abgezapfte Geld belastet die Rechnung, sondern auch die Arbeit für den Fiskus. Einen fünfjährigen Streit um Staatsabgaben entscheidet das bernische Verwaltungsgericht zugunsten der AEK (1929). Mit Genugtuung registriert der Verwalter die wuchtige Verwerfung der Initiative für Vermögensabgabe (1922) und lehnt den eidgenössischen Pfandbrief hartnäckig ab.

Die kantonale Gewerbeausstellung vom Sommer 1924 (Kaba) vermag die Baulust auf dem Platze Burgdorf vorübergehend zu beleben. Mit dem neuen Jahrzehnt strömen vermehrt fremde Kapitalien in die Schweiz, und die Großbanken und Versicherungen suchen ihre Gelder unterzubringen. Die außerkantonalen Verleiher, die nicht unter der bernischen Steuerpresse seufzen, können günstigere Angebote machen. Die Zinsen sinken. 1931 kommt der bekämpfte eidgenössische Pfandbrief in Umlauf. Verwalter Geiser hat sich vom Saulus zum Paulus entwickelt, indem er schreibt: «Die kleinen Banken

und Kassen erhalten durch diese Institution eine wertvolle Stütze. Die jetzigen Zeiten des billigen Geldes sind dazu angetan, dem Pfandbrief immer mehr Eingang am Finanzmarkt zu verschaffen.»

Die Verbundenheit mit den notleidenden Landwirten wird durch eine Einlage von rund Fr. 18 000.— in die bernische Bauernhilfskasse zum Ausdruck gebracht, und gegenüber bedrängten Schuldern lässt man Milde walten. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch der Zeugnisse dankbarer Zinsleute jener Zeit.

Seit dem Ersten Weltkrieg hungert das Geld nach Sachwerten, klettern die Liegenschaftspreise in die Höhe. Selbst die lange Krise von 1922 bis 1938 gebot diesem Treiben, das heute üppiger denn je grassiert, keinen Einhalt. «Alles lebt und wohnt heute besser ... Es sollte aber doch wieder mehr Einfachheit und Sparsamkeit Platz greifen. Mit dem Sport allein ist es nicht getan ... Seit dem Kriege hat die Schweiz ... sündhaft viel Geld ausgegeben ...», stellt der Verwalter (1932/33) fest. Beständig kämpft die AEK für ein Gesetz, das dem Bauer den Hoferwerb zum Ertragswert sichert; anderseits verweist er auf gleitende Einkommensskala der Kleinrentner.

Am 3. März 1934 feierte die AEK ihr hundertjähriges Bestehen mit einem Festakt im Hotel Guggisberg. Im «Gefühl, gemeinnützig und wohltätig gewirkt zu haben, darf die Jubilarin stolz in das zweite Jahrhundert ihrer Existenz hinüberschreiten», sagt ihr Geschichtsschreiber Widmann. Mit dem 1. Oktober tritt Verwalter Geiser in den Ruhestand und darf noch 18 Jahre lang das Reifen der Früchte seiner vorsichtigen und fürsorglichen Tätigkeit genießen. Sein Nachfolger wurde Notar Hans Baumberger, eine junge Kraft mit allem Verständnis für die sich wandelnden Zeitumstände. Nur ein geschickt und vertrauenswürdig geleitetes Unternehmen vermochte während einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs vor dem Zweiten Weltkriege und dem seitherigen Umbruch die Bilanzsumme mehr als zu verdoppeln und ständig an Ansehen zu gewinnen. Auch unter der neuen Führung blieb man der lockenden Beteiligung an ausländischen Geschäften fern und erfüllte die gesetzlichen Sicherheitsanforderungen in hohem Maße.

Die dreißiger Jahre brachten mehr als eine Mißernte. Viele Bauern mussten sanieren, andere hielten sich sonst mühsam über Wasser. Im Vergleich zu andern bernischen Gebieten erwies sich zwar das Amt Burgdorf ziemlich krisenfest und blieb mit 3,26 % unterstützter Betriebe beachtlich unter dem kantonalen Mittel (Oberland 10,15 %, Jura 11,39 %, Mittelland 4,96 %). Scharen von Fabrik- und Bauarbeitern stempelten und feierten unfreiwillig, wenn die Gemeinden nicht für Beschäftigung sorgten.

Die Hauptversammlung vom 28. Mai 1938 verabschiedete die Schlußrechnung über den An- und Umbau des Kassengebäudes nach den Plänen von Architekt Ernst Bechstein. Die Kosten blieben mit Fr. 293 000.— unter der vorausgesehenen Summe. Die neuen Fassaden fügen sich den bisherigen harmonisch an.

Die Abwertung des Schweizer Geldes (26. September 1936) unter dem Leitspruch «Ein Franken bleibt ein Franken» besserte am wirtschaftlichen Tiefstand wenig. Braches Geld häufte sich ohne Nachfrage in den Tresoren. Wohl einer Bank, die so gut untersetzt war wie die AEK! Sie nahm Rücksicht auf die durch einen Milchpreissturz, verregnete Ernten und von der Seuche heimgesuchten Bauern, deren Lage sich doch langsam besserte (1938). Der Pensionsfonds schied als Stiftung aus dem Vermögen. Das Bankengesetz und das neue Obligationenrecht machten eine Statutenrevision nötig (15. Mai 1939). Die andauernden politischen Spannungen lassen «kein Vertrauen in die Zukunft aufkommen», heißt es im Geschäftsbericht 1938/39. Das tönt wie ein Prophetenwort.

Der Zweite Weltkrieg traf die Schweiz nicht so völlig unvorbereitet wie der Erste. Behördlich befohlene Vorräte dämpften die Hamstergelüste. Lebensmittelkarten und Mahlzeitencoupons sicherten jedem Bewohner sein Stücklein Brot. Verdienstausfallkassen verhüteten Elend in den Wehrmannsfamilien. Urlaube machten das Soldatenleben erträglicher. Die Bauerngüter wurden dem Liegenschaftshandel teilweise gesperrt. Die Rückzüge von Bankguthaben blieben vorerst auf Fr. 300.— je Sparheft und Monat beschränkt. Noten lösten den Barverkehr grober Geldsorten ab.

Ging auch die Summe der Einlagen zurück, so wuchs dafür die Zahl der Guthaben und bewies den Willen der Kunden, auch in harten Zeiten zu sparen. «Unsere Praxis der letzten Jahre, vorwiegend kurzfristige Titel auf bescheidener Renditenbasis anzukaufen, trägt nun ihre guten Früchte», kann der Verwalter feststellen. Er schreibt Wertschriften vorsorglich ab und bringt den Reservefonds auf vier Millionen. Die kürzer gewordenen Listen gemahnter und betriebener Schuldner verraten: Der Bauer kann wieder verdienen und seine Verpflichtungen einlösen.

Müßige Handelsgelder und aus dem Ausland geflüchtete Mittel suchen nach Anlagen. Die Sparer müssen sich mit 2 3/4 % begnügen. Das Bankgeheimnis soll gelüftet werden, aber wer das Vorhänglein lüpfen will, erhält sofort seinen Stüber. Für die Berechnung der Steuern muß die Kasse mindestens einen Beamten voll beschäftigen.

Der Staat ist gezwungen, den Bauern fast untragbare Lasten aufzubürden, zugleich gewährt er ihnen ein besseres Einkommen. Der Mangel an Zement,

Holz, Eisen und Kupfer und namentlich an Arbeitern behindert den Wohnungsbau. Die AEK erweitert ihren Geschäftskreis, indem sie Depositen in Kontokorrent entgegennimmt und Einwohnergemeinden kreditiert. Ein Teil der Beamten weilt beständig im Militärdienst; der andere muß mit Überstunden für die Aufgebotenen einstehen (1941/42).

Die Warenlager leeren, die Portefeuilles füllen sich. Die Aufwände für Maschinen und Löhne beschneiden die Gewinne der Bauern. Erste Hypotheken sind gesuchter als langfristige Kassascheine (1942/43).

Da das Geschäftsjahr wegen der Steuern zukünftig mit dem Kalenderjahr zusammenfallen muß, umfaßt der nächste Bericht nur die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1943 und eignet sich wenig zu Vergleichen. «Die Banken und Kassen sind seit dem letzten Krieg ... mehr und mehr Fiskalorgane des Bundes geworden», seufzt der Berichterstatter. Das neue bernische Steuergesetz, das 1944 nach einem gewaltigen Trommelfeuer auf den Stimmbürger Gnade findet, wirft seinen Schatten voraus. Es bringt der AEK etwelche Entlastung, dafür steigt die Eidgenössische Verrechnungssteuer von 15 auf 25 %. Die Finanzbehörden erwarten, die angekündigte Amnesty ziehe unermeßliche Schätzungen aus dem Dunkel auf hellbeleuchtete Formulare.

Am 8. Mai 1945 erklingen die Glocken von allen Türmen zum Waffenstillstand und läuten zugleich den «Kalten Krieg» ein, der seither die Völker ohne Aufhören an Seele, Leib und Gut geschädigt hat. Die gefürchtete Arbeitslosigkeit tritt nicht ein; im Gegenteil, die Geschäftsaufträge mehren sich. Man spricht vom «ausgebrochenen Wohlstand». Die Volkszählungen von 1950 und 1960 erhärten unwiderlegbar die Tatsache, daß der Bauern immer weniger werden, während die Industrieorte rasch wachsen. Stärker denn je lenkt und subventioniert der Staat. Die Exporte nach den vom Krieg ausgesogenen Ländern füllen die Banktresore. Aktiv- und Passivzinsen bewegen sich bis heute ohne überraschende Wellengänge zwischen $2\frac{1}{4}$ und $2\frac{3}{4}$, beziehungsweise $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{4}$ %.

«Noch weit vom Frieden entfernt!» heißt es im Bericht von 1946. Die Dienstbotennot beansprucht «einen allzu großen Teil des bäuerlichen Denkens». Dem Bürgschaftsfonds der Kasse stellt die Hauptversammlung Franken 100 000.— als Gründerbeitrag zur Verfügung.

1947 (auch 1949) sucht eine Dürre das Land heim. Fast überall muß das Grasen schon im August eingestellt werden. Der erwartete Rückgang der Bautätigkeit verschont die Schweiz. Zum Erstellen von Wohnungen kinderreicher, wenig bemittelter Familien leistet der Staat Zuschüsse. Der «soziale Wohnbau» wird Tatsache. Das Heim der AEK erhält eine neue Heizung, der Umschwung eine frische Gestalt durch den Gärtner. Der Bericht von

1948 spricht vom Erfolg neuer Getreideernteverfahren und wünscht den bezüglichen Kursen einen regen Besuch. Die Bauern benötigen kostendeckende Preise und ein Bundesgesetz zur Erhaltung ihres Bodens. Die Industrie gibt sich alle Mühe, den Absatz zu steigern. Sie will es erreichen mit zweckmäßigen Fabriken und Maschinen, mit dem Einsatz vom Direktor bis zum Handlanger, mit währschafter Ware und Halten des gegebenen Wortes.

Mit dem 1. Januar 1949 ersetzen die amtlichen Werte die bisherigen Grundsteuerschatzungen. Die günstigen Verhältnisse im Amte gestatten der Kasse eine Belehnung in ersten Hypotheken bis auf 80 % für landwirtschaftlich genutzte Güter und 75 % für die übrigen. Den Angestellten wird der volle Teuerungsausgleich gewährt. Das Angebot an Geld überschreitet das gewohnte Maß. Ausländische Abwertungen erschweren den schweizerischen Export. Die Alters- und Hinterlassenen-Versicherung fängt an sich auszuwirken. Die Rendite der meistgehandelten Bundesobligationen fällt auf 2,56 %. Die Bilanzsumme hebt sich erstmals über die 100-Millionen-Grenze.

1950 erhalten Gemeinden schon zu 3 1/4 % Darlehen, für Hypotheken gelten 3 1/2 %. Der Koreakrieg verleiht der Konjunkturkurve einen Ausschlag nach oben. Die Regierungen führen im Jahre 1951 einen Kampf gegen die Inflation. Die Hochblüte des Verdienstes berührt Landwirtschaft, Saisonhotellerie und gewisse Teile der Textilindustrie kaum. Die Neugeborenen im Bezirk erhalten als Angebinde der AEK ein Sparheft mit Fr. 10.—. Dieser sinnige Brauch hatte im Jahre 1910 seinen Anfang genommen mit einer Einlage von einem Franken.

Am 20. März 1952 bekennt sich das Schweizervolk zum Landwirtschaftsgesetz. Die Förster melden riesige Borkenkäferschäden in den Wäldern. Das Gewerbe sucht seine Erfolge durch vermehrte berufliche Ausbildung zu verbessern. Die von der AHV erhobenen Prämien führen den Banken über die Pfandbriefzentralen bedeutende Mittel zu. Die schweizerischen Staatsobligationen erreichen 1953 mit einem Durchschnittsertrag von 2,3 % einen Tiefstand ohnegleichen.

Die Hauptversammlung vom 4. Mai 1954 faßt den denkwürdigen Beschuß, für den Ausbau des Bezirksspitals Fr. 1 000 000.— zu leisten und damit die Spitalgemeinden sehr fühlbar zu entlasten. Wieder muß eine Teilrevision der Statuten vorgenommen werden.

1955 gibt die Nationalbank gemünztes Gold an Private, blockiert die Mindestreserven von Banken und Versicherungsgesellschaften und trifft neue Vereinbarungen über die Zinsen von Auslandguthaben. Industrie und Landwirtschaft behelfen sich längst mit Fremdarbeitern. Man zählt deren 271 000 in der Schweiz.

Im nächsten Jahre erschüttern Unruhen in Nordafrika, Cypern, am Suezkanal, in Israel und Ungarn die Welt und berühren mit ihrem Wellenschlag auch die Werkräume der AEK. Die neue amtliche Schatzung der Liegenschaften verschiebt die Belehnungsgrenzen für erste Hypotheken. Es gelten drei Viertel des Wertes für landwirtschaftlichen und zwei Drittel für anderen Grundbesitz. Das Institut beteiligt sich am Versuch, Burgdorf den ersten Veilingmarkt der Schweiz zu sichern und dem Bauern einen ungeschmälerten Preis für tadellose Ware zuzuhalten.

Die Kreditkommission befaßt sich 1957 mit 1073 Gesuchen. Gemeinden müssen ihre Bauvorhaben wegen Kapitalmangels aufschieben. Arbeitszeitverkürzung und steigende Sozialzulagen bergen Gefahren. Die Sparer sollen künftig 3 % Zins erhalten, auf Kassascheinen 4 %.

Die Wirtschaftslage wird 1958 als leicht rückläufig beurteilt. Der Absatz von Uhren und Textilien läßt zu wünschen übrig. Die Verträge über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Staaten entwickeln sich nur langsam. Die Staatsobligationen bringen nur 3 % ein.

Am 9. April 1959 feiert die AEK im Casino und im Stadthaus ihr 125-jähriges Bestehen in glänzend gelungenem Feste. Sie vergabt die Summe von Fr. 100 000.— an die 24 Garantiegemeinden und an 12 gemeinnützige Institutionen. Mit dem Jubiläum kann Verwalter Baumberger auf 25 Jahre erfolgreichster Tätigkeit zurückblicken. Während dieser Zeit sind die Bilanzsummen von 78 auf 158 Millionen gestiegen und dementsprechend auch das Maß der Arbeit und Verantwortung, von welchem die Geschäftsberichte dem Laien nur eine Ahnung geben können. Dr. E. Ackermann betont am Schluß der prächtig bebilderten Jubiläumsschrift, was der AEK Ansehen und Vertrauen schuf: Dienst am Menschen, Dienst an der Öffentlichkeit. Behörden und Beamte waren sich dessen dauernd bewußt.

Die Statuten von 1929 besagen: «Der Zweck der Anstalt ist ein gemeinnütziger.» Seit 1882 hat sie Fr. 2 115 126.— für wohltätige Werke ausgerichtet, wovon Fr. 1 342 000.— dem Bezirksspital. Es würde Seiten füllen, die früheren Vergabungen alle anzuführen. Aus der Schar dankbarer Empfänger seien nur folgende genannt, die sich zum Teil regelmäßig einer Spende erfreut haben oder es heute noch tun können (für die Jahre 1882–1933 wird auf die Erinnerungsschrift von 1934 verwiesen):

Sämtliche Mädchenfortbildungsschulen im Amte Burgdorf
Erziehungsheim Lerchenbühl
Landwirtschaftliche Berufsbildung
Heimatbuch Burgdorf

Burgdorfer Jahrbuch
Casino-Theater
Rittersaalverein
Landeskirchliche Stellenvermittlung
Maison blanche in Leubringen
Tuberkulosefürsorge
Fürsorgestelle für Alkoholkranke
Heilstätte Nüchtern
Kinderkrippe
Asyl Gottesgnad in St. Niklaus
Verpflegungsanstalt Frienisberg
Dienstbotenwohnungen
Ökonomischer und Gemeinnütziger Verein des Amtes Burgdorf
Verein für das Alter
Säuglingsfürsorge und Mütterberatung
Kinder- und Frauenschutz
Wassergeschädigte, Hagelgeschädigte, Dürregeschädigte
Krisenhilfe
Fliegerabwehr
Personalfürsorgefonds
Bürgschaftsfonds

Dazu fließen seit 1952 nebst dem Zins für das Garantiekapital jährlich Fr. 25 000.— in die Gemeindekassen und aus dem Fonds für Vergabungen durch den Verwaltungsrat Tausende von Franken an ungenannte Beschenkte. Wie oft konnte da die AEK einer guten Gotte gleich ihr Fürtuch ausschütten und Hilfswerken Gelegenheit geben, Not zu lindern, Sonnenschein in das Düster menschlichen Unglücks leuchten zu lassen und Gutes und Schönes zu fördern.